

HEUTE
9.3.2016

Was heute passiert

Den Wolf abschiessen?

Der Ständerat entscheidet über den Schutz des Wolfes in der Schweiz. Geht es nach seiner vorberatenden Kommission, darf der Wolf künftig gejagt werden.

Bözbergtunnel

Heute findet der Spatenstich für den Neubau des SBB-Bözbergtunnels. Die Bauarbeiten des 350 Millionen teuren Tunnels sollen bis im Mai 2022 dauern.

Champions League

Im Achtelfinal trifft Chelsea auf Paris Saint-Germain (20.45 Uhr) und Zenit St. Petersburg auf Benfica Lissabon (18 Uhr).

Frage des Tages

Sollen die Atomkraftwerke verstaatlicht werden?

■ Ja ■ Nein

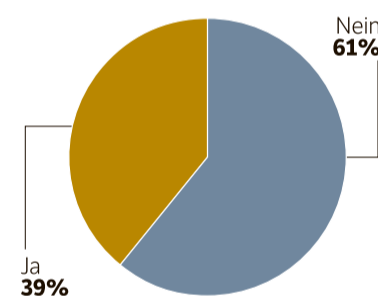
Stimmen Sie online ab unter der Rubrik «Mehr/Mitmachen»

www.aargauerzeitung.ch
www.bzbasel.ch
www.baselandschaftliche.ch
www.solothurnerzeitung.ch
www.grenchnertagblatt.ch
www.limmattalerzeitung.ch
www.oltnerzeitung.ch

Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Die Alpiq verkauft ihre Wasserkraftwerke – soll der Staat nun einspringen?



Video des Tages



Die Grosis Peggy und Audrey gehen mit einem Lamborghini auf Spritztour.

REZEPT DES TAGES

Präsentiert von Annemarie Wildeisen

Spinat-Gnocchi

Für 4–6 Personen

Gnocchi

Salz
600 g Spinat frisch, ersatzweise 400 g tiefgekühlter Spinat
1 Schalotte
1 Esslöffel Butter
200 g Ricotta
2 Eier je 50 g schwer
1 Eigelb
75 g Parmesan
schwarzer Pfeffer aus der Mühle
Muskatnuss frisch gerieben
200 g Mehl

Zum Fertigstellen

½ Bund Salbei
75 g Butter
Salz
50 g Parmesan frisch gerieben

SMS mit SCHNUPPER + Name und Adresse an 919 (20 Rp./SMS) oder Online-Bestellung unter www.wildeisen.ch/schnupperabo
www.wildeisen.ch/suche/rezpte

Atomkraft

Der Nordwestschweizer Stromkonzern Alpiq

BEZNAU-1

In Betrieb seit: 1969
Reaktortyp: Druckwasserreaktor
Leistung: 380 MW brutto, 365 MW netto

Betreiber: Axpo Power AG

BESITZER

Axpo Power AG
(welche zur Axpo Holding AG gehört)

Axpo Power AG
100%



BEZNAU-2

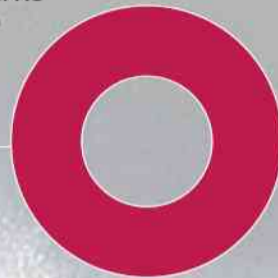
In Betrieb seit: 1971
Reaktortyp: Druckwasserreaktor
Leistung: 380 MW brutto, 365 MW netto

Betreiber: Axpo Power AG

BESITZER

Axpo Power AG
(welche zur Axpo Holding AG gehört)

Axpo Power AG
100%



GÖSGEN

In Betrieb seit: 1979
Reaktortyp: Druckwasserreaktor
Leistung: 1060 MW brutto, 1010 MW netto

Betreiber: Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG
Geschäftsleitung: Alpiq AG

BESITZER



Bring das noch Geld oder

Die Produktion von Strom ist zu einer einzigen grossen Leidensgeschichte geworden. Zumindest für die grossen Energiekonzerne. Jetzt soll auch noch der Bürger dafür geradestehen.

VON FABIAN HOCK

Am 26. August 1960 schaltete Bundespräsident Max Petitpierre im aargauischen Würenlingen eine «geheimnisvolle Maschine» an. Es handelte sich um die erste Atomanlage der Eidgenossenschaft, die einige Jahre später in den Besitz des Paul-Scherrer-Instituts übergehen sollte. Die heimische Industrie, so sagte es der Moderator des Schweizer Fernsehens, «hat mit dem Bau des Reaktors bewiesen, dass sie fähig ist, mit den neuesten, schwierigsten Aufgaben der Energieerzeugung fertig zu werden».

Die schwierigsten Aufgaben der Energieerzeugung – sie sind heute andere als damals. Sahen sich die Ingenieure vor sechs Jahrzehnten vor allem mit technischen Hürden konfrontiert, heissen die Herausforderungen heute: Subventionen, rekordtiefe Strompreise, Frankenstärke. Nicht sehr technisch, aber offenbar ungleich schwieriger zu bewältigen. Das dürfte spätestens seit Anfang dieser Woche klar sein, als der grösste Stromkonzern des Landes in zwei Schritten einräumte, mit ebendiesen Aufgaben nicht mehr fertig zu werden.

Alpiq hat die Waffen gestreckt. Der Konzern öffnet Investoren aus dem

In- und Ausland die Türe zum eigenen Herzen – und zugleich zum Herzen der Schweizer Stromversorgung: zu den Stauseen und Laufwasserkraftwerken. Alpiq verdient nichts mehr an ihnen, deshalb steht jetzt fast die Hälfte des Kraftwerksparks zum Verkauf. Das ist der erste Schritt.

Nicht für die Öffentlichkeit

Mit dem zweiten Schritt wollte man sich eigentlich noch etwas gedulden. Zuerst, das war der Plan, sollte eine Lösung für die allseits beliebten Wasserkraftwerke gefunden werden. Dann kämen die in der Bürgergunst stark gefallenen Atomkraftwerke dran. Und das ist auch bitter nötig. Denn auch wenn Alpiq-Chefin Jasmin Staiblin am Montag vor den Medien jegliche Fragen zur Rentabilität der Alpiq-Kernkraftwerke elegant dazu nutzte, um auf das Leid der Wasserkraftwerke zu verweisen, hilft es ja auf Dauer nichts: Bei Strompreisen von unter drei Rappen pro Kilowattstunde schreiben auch die Kernkraftwerke mit ihren Produktionskosten von 4,5 Rap-

pen im Fall Gösgen und 5,5 Rappen in Leibstadt Verluste. Der Zauber ist verfliegen, die Kernkraftwerke bringen nicht mehr.

Schritt zwei, der dieses Problem adressiert, ist eher ungewollt an die Öffentlichkeit gelangt. Er steht auf einem Papier, das die «Basler Zeitung» am Montag publik machte (siehe auch Text unten). Es ist der Plan, den Kernkraft-Klotz vom eigenen Bein zu lösen und stattdessen einem anderen umzubinden. Dieser Glückliche, wie soll es anders sein, ist der Steuerzahler respektive die Steuerzahlerin.

Das kennt man doch bereits

Wer die europäische Diskussion um die Zukunft der Atomenergie in den letzten Monaten und Jahren verfolgt hat, dem kommt das irgendwie bekannt vor. In Deutschland schmiedeten die grossen Energiekonzerne zuerst den Plan einer Art «Bad Bank» für ihre unrentabel gewordenen Kraftwerke. Vergleichbar ist das hinsichtlich des unternehmerischen Handelns der Beteiligten. Einen gewaltigen Un-

Alpiq-Planspiele sorgen für Unmut

Soll der Staat unrentable AKW übernehmen? Selbst staatliche Aktionäre des Stromkonzerns wussten nichts von der Idee

VON SVEN ALTERMATT

Jetzt haben es also alle schwarz auf weiss: Geht es nach den Szenarien von Alpiq, soll eine staatliche Auffanggesellschaft die Schweizer Atomkraftwerke übernehmen. Der Stromkonzern will damit seine unrentablen AKW in Gösgen und Leibstadt loswerden. Alpiq steckt tief in den roten Zahlen, zudem droht ein milliardenschwerer Rückbau der Atommeiler. Deshalb sollen sich Politiker für Auffanggesellschaften einsetzen.

Oder anders formuliert: Der Stromkonzern will seine Verpflichtungen auf die Steuerzahler abwälzen. Profitieren würden vor allem private Aktionäre. Das geht aus dem Strategiepapier eines Alpiq-Lobbyisten hervor, das die «Basler Zeitung» publik machte. Der Konzern will dazu nicht näher Stellung nehmen, es handle sich um eine «erste und externe Diskussionsgrundlage».

Das Alpiq-Papier sorgt auch bei staatlichen Aktionären für Verwunderung. Zu den grössten Anteilseignern in der Nordwestschweiz zählt der Kanton Solothurn, der rund 5,6 Prozent des Aktienkapitals hält. Auf Anfrage der «Nordwestschweiz» sagt der kantonale Finanzdirektor Roland Heim: «Der Solothurner Regierung war bislang nicht bekannt, dass eine AKW-Auffanggesellschaft gegründet werden soll.» Folglich habe man diese Idee

noch nicht diskutieren können. Er könne sich aber vorstellen, dass die Regierung nicht begeistert wäre, wenn der Staat plötzlich alleine die AKW übernehmen sollte. «Sicher nicht zum jetzigen Zeitpunkt», sagt Heim.

Werden Auffanggesellschaften ernsthaft zum Thema, stellt sich die Frage, wer dafür bezahlt. Müsste allein der Bund einspringen? Oder die Kantone? Die grossen Stromkonzerne befinden sich mehrheitlich in ihrem Besitz.

Von der Realität eingeholt

Neu ist die Idee von Auffanggesellschaften nicht. In eine ähnliche Richtung zielen linke Bestrebungen in der Energiekommission des Nationalrats. So soll der Stromkonzern Axpo zu einer vorzeitigen Stilllegung des AKWs Beznau bewegt werden. Im Gegenzug gäbe es Entschädigungen.

Es ist paradox: Als der Nationalrat vor wenigen Tagen über die Energiestrategie 2050 debattierte, waren Politiker von FDP und SVP glücklich, weil sie fixe Laufzeiten für AKW verhindern konnten. Nun wurden sie von der ökonomischen Realität eingeholt. Die Diskussion dreht sich um die Frage: Sind Stromkonzerne so wichtig, dass sie der Staat stützen muss?

Für FDP-Nationalrat Thierry Burkart (AG) stehen die Konzerne in der Pflicht. «Die staatliche Subventionspolitik hat zur misslichen Lage von Alpiq geführt», sagt



«Der Solothurner Regierung war bislang nicht bekannt, dass eine AKW-Auffanggesellschaft gegründet werden soll.»

Roland Heim Finanzdirektor des Kantons Solothurn

er. Das Unternehmen habe sich dagegen aber nie gewehrt und die Energiewende unterstützt. Deshalb sei er gegen Verstaatlichungen nach dem Motto «Gewinne privatisieren, Verluste verstaatlichen». Von Atomkraftwerken in staatlichen Händen will auch die SVP nichts wissen, wie Parlamentarier bestätigen.

Offener zeigt sich die SP. Der Baselbieter Nationalrat Eric Nussbaumer bezeichnet Auffanggesellschaften als mögliche Lösung. Dies aber nur dann, wenn sie an klare Bedingungen geknüpft wären: «Die AKW müssten geordnet stillgelegt werden.» Je früher eine Auffanggesellschaft gegründet werde, desto eher könne man von den Stromkonzernen noch eine Mitgift verlangen. Nussbaumer grüner Ratskollege Jonas Fricker (AG) will erst über Auffanggesellschaften diskutieren, wenn der geordnete Atomausstieg unter Dach und Fach gebracht worden sei.

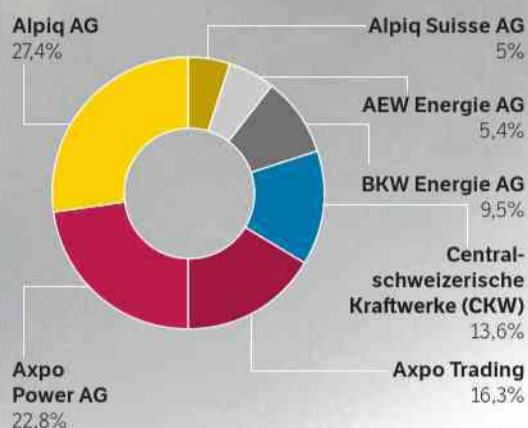
Ob die Planspiele von Alpiq mehrheitsfähig sind, wird sich einmal mehr in der politischen Mitte zeigen. Auf diese konzentrieren sich auch die umstrittenen Lobbyingpläne. CVP-Politiker sind sich einig, dass staatliche Eingriffe heute nicht infrage kommen. Über Auffanggesellschaften könne man dann sprechen, wenn ein Konkurs bevorstehe. Für Alpiq und die öffentliche Hand gebe es vorerst nur ein Motto, sagt der Solothurner CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt: «Keep cool.»

sucht den Ausstieg

LEIBSTADT

In Betrieb seit: 1984
Reaktortyp: Siedewasserreaktor
Leistung: 1275 MW brutto, 1220 MW netto
Leistungserhöhungen: 1998: 106%; 1999: 109%;
2000: 112%; 2001: 114,7%
Betreiber: Kernkraftwerk Leibstadt AG
Geschäftsleitung: Axpo AG

BESITZER

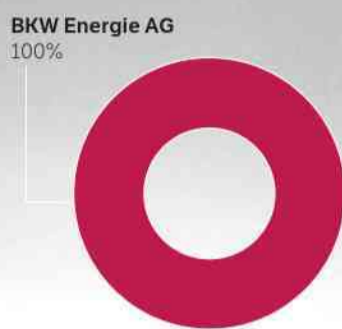


MÜHLEBERG

In Betrieb seit: 1972
Reaktortyp: Siedewasserreaktor
Leistung: 390 MW brutto, 373 MW netto

Betreiber: BKW Energie AG

BESITZER



Quelle: kernenergie.ch/swissnuclear

kann das weg?

terschied gibt es allerdings: Während die deutschen Energieriesen E.ON, RWE und Co. grösstenteils private Unternehmen sind, gehören die Schweizer Energiekonzerne hauptsächlich den Kantonen - und damit letztlich den Bürgern. Ob diese nun direkt für die Verluste der Kraftwerke haften, oder ob ein staatlicher Betrieb zwischengeschaltet ist, dürfte am Ende - und im Gegensatz zur Situation in Deutschland - egal sein.

Offen für Unkonventionelles

Der Aufschrei in der Schweiz blieb denn auch einigermaßen erträglich, als Alpiqs Ideen - oder besser: die Pläne ihrer Lobbying-Strategen - bekannt wurden. Die Umweltorganisation Greenpeace hat dies noch nicht einmal überrascht. Sie sperrt sich nicht grundsätzlich gegen die Übernahme der verlustreichen Kernkraftwerke durch den Staat - unter einer Bedingung, allerdings. Diese lautet: Die Anlagen müssten früher vom Netz. «Für unkonventionelle Lösungen, die uns diesem Ziel näher bringen, bin ich offen», sagt

Greenpeace-Atom-Experte Florian Kasser. Zwar sei es problematisch, wenn die Konzerne «nach derartigen Jubeljahren, wie sie sie in den vergangenen Jahren hatten, sofort nach dem Staat rufen». Doch letztlich haben sich die Umweltschützer den Atomausstieg zuoberst auf die Fahne geschrieben.

So pragmatisch blicken indes nicht alle auf den Fall. Der liberale Think-Tank Avenir Suisse etwa hält so gar nichts von möglichen Plänen zur Verstaatlichung. Projektleiter und Energieexperte Patrick Dümmler nennt dies «eine sehr schlechte Idee». Unter anderem deshalb, weil die Konzerne gar nicht vollständig in Bürgerhand seien. In der Tat: Rund ein Drittel von Alpiq liegt nicht in Händen der Bürger. Ein Teil liegt beim französischen Versorger EDF und ein anderer Teil ist an der Börse. Im Falle einer Verstaatlichung defizitärer Kraftwerke würden demnach die Bürger diesen Eigentümern grosse finanzielle Lasten abnehmen.

Den politisch Verantwortlichen unterstellt Dümmler eine «verfehlte Eigentümerstrategie». Avenir Suisse

hatte bereits vor fünf Jahren zu einem Rückzug des Staates aus den Stromkonzernen geraten. Damals, als noch mächtig Geld mit Atom- und Wasserstrom verdient wurde, hätte die öffentliche Hand mit Verkäufen einen grossen Gewinn erzielt. Inzwischen, so Dümmlers Vorwurf, sei ein beträchtlicher Teil an Volksvermögen vernichtet worden. Dümmler plädiert nun dafür, die Konzerne pleitegehen zu lassen und so nach dem verlorenen Geld nicht auch noch das Vertrauen in die Marktwirtschaft aufs Spiel zu setzen.


Konträre Debatten

Was bleibt, ist Ernüchterung. Es mutet schon seltsam an, dass in den politischen Kreisen in Bern eine Beschränkung der Laufzeiten für Kernkraftwerke abgelehnt wird, just in den Tagen, in denen man sich bei den Betreibern überlegt, wie man die Anlagen am elegantesten losbekommt.

Um zu erkennen, dass die Atomindustrie ihren Charme zumindest in Europa nahezu vollständig verloren

hat, muss man gar nicht mehr die Gefahr der Anlagen mit dem Verweis auf Katastrophen in Tschernobyl oder Fukushima bemühen. Man muss auch nicht mehr nach England blicken, wo das neue Kernkraftwerk Hinkley Point nur deshalb gebaut wird, weil es unverschämt hohe staatlich garantierte Abnahmepreise bekommt.

Über Sinn und Unsinn einer Vollverstaatlichung der ohnehin schon weitestgehend verstaatlichten Kosten der Atomenergie lässt sich streiten. Spätestens seit dem Alpiq-Papier und der darin enthaltenen, offensichtlichen Kapitulation vor der energiepolitischen Realität lässt sich jedoch eines festhalten: Für die Entzauerung der Atomenergie braucht es den Verweis auf Fukushima oder Hinkley Point nicht mehr. Ein Blick in die Bilanzen der hiesigen Stromproduzenten reicht inzwischen aus.

 **Wie es um Alpiq und deren Wasserkraftwerke steht, lesen Sie online.**

Fukushimas strahlende Zukunft

Fünf Jahre nach der Reaktor-katastrophe am 11. März 2011 ist die Umgebung noch immer schwer kontaminiert.

VON FINN MAYER-KUCKUK, FUKUSHIMA

Er hat sein Leben lang in Iitate gewohnt und will hier seinen Lebensabend verbringen. «Strahlung oder nicht, wir kehren zurück», sagt Jun Sato (67), ein ehemaliger Postmitarbeiter. Der Rentner sitzt im Wohnzimmer seines Hauses, einem makellos reinen Tatami-Zimmer, das mit Papierschleibewänden von Flur und Küche abgetrennt ist. Bisher darf Sato nicht über Nacht in seinem Haus bleiben: Es liegt in einer Sperrzone, die zwar zugänglich ist, in der aber noch niemand wohnen darf. Der Wiederbesiedlungsplan sieht jedoch vor, dass die Leute im kommenden Jahr in ihre Häuser zurückkehren sollen.

20 000 Arbeiter im Einsatz

Sato lebt seit fünf Jahren in einer vorläufigen Unterkunft in der Präfekturhauptstadt Fukui - seit der Dreifachkatastrophe aus Erdbeben, Tsunami und Reaktorunfall im März 2011. Vor der japanischen Küste hatte sich zunächst das besonders schwere Erdbeben ereignet. Nach den Erschütterungen hatten sich die Meiler in dem



Strahlendes Vermächtnis: Kontaminierte Erde wird in Säcke gepackt. KEYSTONE

veralteten Kraftwerk Fukushima Daiichi zunächst automatisch heruntergefahren. Doch dann brach die zweite Katastrophe über den Küstenstrich herein: Eine 13 Meter hohe Flutwelle setzte die Anlage unter Wasser. Mehrere Detonationen schleuderten radioaktive Isotope in den Himmel. Das Haus von Herrn Sato lag zu dieser Zeit ziemlich genau in Windrichtung. Es ist nur 36 Kilometer vom Kraftwerk entfernt.

Vom Fenster seines Wohnzimmers aus sind Reihen um Reihen schwarzer Tüten zu sehen, die sich auf einem Acker stapeln. Jede ist so gross wie ein Kleiderschrank. Der Inhalt: strahlende Erde. In Iitate und den Nachbardör-

fern läuft eine monumentale Operation. Die Regierung lässt die oberste Erdschicht in Säcken sammeln, verbrennen und verscharren. Damit sind 20 000 Arbeiter beschäftigt.

Bloss niemandem zur Last fallen

Es ist ein höchst japanischer Vorgang, der da in Fukushima begonnen hat. Die Regierung zieht ihren Plan zur Herstellung von Normalität gnadenlos durch. Die örtlichen Bürgermeister spielen mit. Zum Teil sind sie den Anweisungen aus Tokio hörig. Wichtiger noch ist aber eine besondere Eigenschaft des Landes: Japaner vermeiden es nach Möglichkeit, anderen zur Last

zu fallen. Also beisst die Bevölkerung die Zähne zusammen und geht zurück in die verschmutzte Zone. Wie der pensionierte Postbeamte Sato und seine Frau. «Es hilft halt nichts», sagt er.

Auch wenn die Reaktorruine inzwischen einigermaßen stabil ist - in den Wäldern an den Berghängen befindet sich noch für Jahrhunderte ein Vorrat an strahlendem Staub, den niemand beseitigen kann. Das ist Greenpeace zufolge die Quelle der immer neuen Verschmutzung: Bei trockenem Wetter weht der Wind die Partikel in die umliegenden Städte und Dörfer und verschmutzt damit auch die bereits gereinigten Flächen wieder.

Unabhängige Organisationen wie das örtliche «Fukuichi-Strahlenüberwachungsprojekt» messen in angeblich bewohnbaren Gegenden zum Teil auf das 90-Fache des international üblichen Grenzwerts für die Zivilbevölkerung von einem Millisievert pro Jahr. Das Auftreten der «Hotspots» ist unberechenbar: Mal ist eine Strassenseite stark kontaminiert, die andere nur leicht.

Aber die Leute wollen das glauben, was die Regierung ihnen auf allen Kanälen sagt: «Alles ist schon irgendwie in Ordnung.» Nicht das, was Kritiker wie Ozawa behaupten: «Dieser Landstrich ist eigentlich unbewohnbar.»

Kühlturm des Kernkraftwerks Gösgen.

FOTO: KEYSTONE
GRAFIK: MARCO TANCREDI